

TOP 16b:

Entschließung des Bundesrates zur Förderung der Verbreitung von Elektrofahrzeugen
- Antrag des Landes Niedersachsen -

Drucksache: 167/15

I. Zum Inhalt

Der Entschließungsantrag des Landes Niedersachsen führt aus, dass, wenn Deutschland Leitmarkt und die deutsche Fahrzeugindustrie Leitanbieter für Elektromobilität werden soll, es einer innovativen Wirtschafts- und Verkehrspolitik für Deutschland, die die Verbreitung dieser Zukunftstechnologie durch Anreize unterstütze und einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung leiste, bedürfe.

Dazu soll die Bundesregierung eine einheitliche Umweltprämie entsprechend der bekannten Abwrackprämie schaffen. Der Kaufzuschuss für Privatpersonen soll technikabhängig zwischen 2 500 und 5 000 Euro betragen. Zudem sollen die Anstrengungen zur Schaffung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur zügig und in massivem Umfang erhöht werden z. B. an Park-and-Ride-Plätzen, Bahnhöfen und ähnlichen Knotenpunkten.

Zugleich soll der Bundesrat seine Unterstützung ausdrücken für die bereits eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung hinsichtlich der Einführung einer Sonderabschreibungsmöglichkeit für die gewerbliche Nutzung von Fahrzeugen mit elektrifizierten Antrieben, der Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen über das Elektromobilitätsgesetz, der Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge, die selbstverpflichtende Beschaffungsinitiative sowie zur Schaffung einer leistungsfähigen flächendeckenden Ladeinfrastruktur an den Verkehrsachsen in der Zuständigkeit des Bundes.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der Entschließungsantrag soll in der Plenarsitzung vorgestellt und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zugewiesen werden.

